

Riehen erhält eine neue Gemeindegemeinde

wii. Zu einer veritablen Überraschung kam es am Mittwoch in der Sitzung des Einwohnerrates. Nachdem eine Mehrheit der Voten in der Eintretensdebatte über den Kredit für eine neue Riehener Gemeindegemeinde darauf schliessen liess, dass das Geschäft zumindest an die zuständige parlamentarische Sachkommission zur weiteren Beratung übergeben oder sogar an den Gemeinderat zurückgewiesen würde, sagte das Gemeindeparlament am Ende mit 22:8 Stimmen bei sechs Enthaltungen unerwartet deutlich Ja zum Kredit von 442'000 Franken. Den Ausschlag für den unerwarteten Stimmungsumschwung gab die Fraktion von SP/Grünen, die zunächst ebenfalls eher zu einer Kommissionsüberweisung zu tendieren schien, sich dann aber durch die befürwortenden Argumente von LDP und EVP überzeugen liess und den Kredit unisono guthiess. Demgegenüber hatten sich zuvor CVP, FDP und SVP teilweise vehement gegen eine Realisierung des Projektes zum jetzigen Zeitpunkt gewehrt. Als ablehnende Argumente wurden dabei vor allem die Kosten genannt, es wurden aber auch Bedenken inhaltlicher Art sowie bezüglich der personellen Zusammensetzung der Redaktionskommission geäussert. Der Rückweisungsantrag der SVP wurde indes mit 28:6 Stimmen deutlich abgelehnt. Etwas knapper fiel der Entscheid in Bezug auf die Kommissionsberatung aus, 22 Ratsmitglieder lehnten eine solche ab, 12 sprachen sich dafür aus.

Zu reden gab sodann die Revision der Steuerordnung aufgrund des neuen kantonalen Finanz- und Lastenausgleichsgesetzes. Umstritten war dabei vor allem der Antrag des Gemeinderates, den Steuerfuss der Grundstücksgewinnsteuer, an der die Gemeinde im kommenden Jahr erstmals partizipiert, von 35 auf 45 Prozent anzuheben. Namens der LDP wollte Conradin Cramer von dieser Steuererhöhung nichts wissen bzw. den aktuell geltenden Steuerfuss beibehalten, was aber vom Rat mit 22:12 Stimmen abgelehnt wurde. Entgegen dem Antrag von Hansruedi Lüthi (DSP) mit 23:3-Stimmen bei vier Enthaltungen ebenfalls beibehalten wurde die Bestimmung in der revidierten Steuerordnung, wonach der Gemeinderat zu Beginn des Steuerjahres 2008 einen provisorischen Steuerfuss festlegen kann, damit die Steuern, die bereits im Laufe des kommenden Jahres infolge Wegzuges ins Ausland, Todesfalls oder Privatkonkurses fällig werden, provisorisch veranlagt werden können.

Schliesslich überwies der Rat eine Motion an den Gemeinderat, mit der dieser verpflichtet wird, eine Vorlage für spezielle Bauvorschriften betreffend das zur Neuüberbauung vorgesehene «Humanitas»-Areal an der Inzlingerstrasse vorzulegen.